

Rede von Nationalrat Léon Nicole

Wir veröffentlichen die Rede von Nationalrat Nicole nach dem Wortlaut des stenographischen Berichtes. Mit den Zwischenbemerkungen des Ratspräsidenten und den Gefühlsäusserungen der Herren Nationalräte.

Hr. Nicole:

Herr Präsident, Herr Bundesrat, meine Herren Nationalräte!

Es ist richtig, dass ich dem Vorsitzenden sagte, ich hätte nur eine kurze Erklärung abzugeben. Aber dann hielt Herr Nationalrat Feldmann seine Rede und ich bin nun verpflichtet, den Rednern, die es für notwendig erachteten unsere Partei anzugreifen, zu antworten.

Ich möchte zuerst hervorheben, dass Hr. René Robert in seinen Ausführungen, vor allem auch in seinen Schlussfolgerungen, keine grosse Begeisterung über das dem Parlamente unterbreitete Abkommen bezeugte - und das scheint mir ungefähr die vorherrschende Stimmung in dieser Versammlung zu sein. Was nun Herr Bundesrat Petitpierre, der soeben seine Rede beendete, betrifft, so möchte ich meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, dass er, nachdem er sich bemühte, niemanden zu verletzen und eine objektive Ruhe zu zeigen, es doch für notwendig hielt zu erklären, unsere Partei wolle weder eine soziale Stabilität noch den Frieden. Ich halte dafür - ich sage es sehr ruhig und ich bedauere, dass ich es sagen muss - dass Hr. Bundesrat Petitpierre unsere Partei beschimpft hat. (Lachen im Saal.)

Ich weiss, dass er nicht einen Beweis in Händen hat, der es ihm erlauben würde, zu erklären, unsere Partei sei gegen die Wiederherstellung des Friedens oder gegen eine Organisation Europas, die den Frieden sichert. Das Gegenteil ist wahr.

Hr. Bundesrat Petitpierre hat über seine Absichten inbezug auf das Abkommen, über die Folgen des Abkommens und über eine neue, bilaterale Vereinbarung, die mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden soll, gesprochen.

Ich zweifle keineswegs an den guten Absichten von Hrn. Bundesrat Petitpierre, aber es gibt Absichten einerseits und es gibt Tatsachen anderseits. Es gibt Kräfte, die manchmal die besten Absichten zum Scheitern bringen. Was mich betrifft, so denke ich, dass unsere Vorfahren, die alten Schweizer, recht hatten, wenn sie sagten, dass man den Anfängen wehren müsse. Die Mehrheit dieses Rates bereitet sich darauf vor, eine Stellung zu beziehen, die ich, trotz dem was Hr. Oeri hier sagte, als eine abenteuerliche Stellungnahme bezeichnen möchte, als eine, inbezug auf die schweizerische Politik, vollkommen neue Stellungnahme, eine Stellungnahme, die zu heute noch nicht übersehbaren aber sicher als bedrohlich, zu nennende Konsequenzen führen kann.

Hr. Feldmann ist, man weiss es, ein alter „Freund“ unserer Partei. Er hielt es für notwendig über den Rahmen der üblichen Beschimpfungen hinauszugehen. Er griff zur Verleumdung. Ich möchte Hrn. Feldmann daran erinnern, dass es seine Partei war, in der sich Männer fanden, die an eine Gleichschaltung mit der deutschen Politik, mit der Politik des Hrn. Hitler dachten. Es waren Männer, die das Land durchzogen, die ihre Aufwartung bei Professoren und höheren Offizieren der Armee und bei Politikern, die man für einflussreich hielt, machten. Während sich seine Partei dieser „Aufgabe“ widmete, war unsere Zeitung, die Zeitung „Le Travail“, verboten.

Es war die Zeit, in der man Frankreich als erledigt betrachtete. Die Tatsache, dass man Frankreich als erledigt betrachtete, gab Leuten, die bereit waren, sich Deutschland anzupassen, einen seltsamen Mut.

Ich möchte noch beifügen, dass am 21. Juni 1941 Deutschland die Sowjetunion angriff und dass man während dieser Zeit - es war acht Tage vorher und diejenigen, die diskutierten, wussten, was sich vorbereitete, Hr. Oeri wird mir nicht widersprechen, - in diesem Saale über das Verbot unserer Partei diskutierte. Das war, ich glaube, ich kann es sagen, ohne befürchten zu müssen, dementiert zu werden, auf ein Verlangen der deutschen Botschaft beim Bundesrate hin. (Lebhafte Zurufe.)

Hr. Bundesrat Petitpierre:

Im Namen des Bundesrates protestiere ich gegen diese Anschuldigung.

Der Vorsitzende:

Ich möchte ein Wort sagen. Wir haben heute morgen 17 Redner angehört, die sich an das Thema gehalten haben. Es ist Ihnen, Hr. Nicole, nicht gestattet, das Thema zu verlassen und Fragen aufzuwerfen, die mit dem Marshallplan nichts zu tun haben.

Hr. Nicole:

Ich antwortete Hrn. Feldmann. Nun, ich werde mich kurz fassen. Ich füge noch hinzu, dass ich befürchte, man wird inbezug auf diesen Plan und das Abkommen, sehr weit gehen, und dass man vor allem sehr weit gehen wird inbezug und gegen unsere Partei. (Rufe: Schluss! Schluss!).

Es ist kein Geheimnis, dass Hr. Bundesrat von Steiger den Mitgliedern der Vollmachtenkommission einen gegen die Linksparteien, gegen unsere Partei, gerichteten Gesetzesentwurf übermittelt hat. (Lärm, Protestrufe.)

Mir scheint, da haben wir schon die Konsequenzen dieses Abkommens. Ich verstehe wirklich nicht, warum man jetzt mit solchen Massnahmen gegenüber unserer Partei kommt, wenn man nicht das Bedürfnis nach einer gewissen Gleichschaltung, einer gewissen Ausrichtung auf eine bestimmte Politik, über die ich noch sprechen werde, empfinden würde. (Lärm, Protestrufe). Man sagte vorhin, ich glaube es war Hr. Bundesrat Petitpierre, auch andere Redner sprachen davon... (Die Worte des Redners gehen unter in neuem Lärm.)

Hr. Präsident, ich spreche über das was heute morgen auf dieser Tribüne gesprochen wurde, dass diejenigen, die gegen das Abkommen auftreten, Anhänger der Unordnung und diejenigen, die dem Abkommen zustimmen, Anhänger der Ordnung seien. Wurde das gesagt oder wurde es nicht gesagt? Ich denke wohl, dass es gesagt wurde! Nun, ich werde beweisen, dass die Durchführung des Marshallplanes gerade die Unordnung in Europa herbeiführt. (Der Redner wird erneut durch Protestrufe und Lärm unterbrochen.)

Die Geschichte des Marshallplanes ist noch nicht geschrieben, aber einige Tatsachen inbezug auf seinen Ursprung sind bereits bekannt. Wir wissen, dass, als die Vereinigten Staaten und England Frankreich das Saargebiet zugestanden, das unter der Bedingung geschah, dass Frankreich versprechen musste, mit der amerikanischen Politik zu marschieren und die Vertreter der Kommunistischen Partei aus der Regierung auszuschliessen. (Unruhe im Saal und Lärm.)

Das habe ich nicht erfunden, das sind Tatsachen. Das Saargebiet kam - natürlich sagte man provisorisch - an Frankreich und die Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs, die auch Vertreter der französischen Gewerkschaften sind, mussten die Regierung verlassen. (Lärm, die Nationalräte schlagen mit den Pultdeckeln).

Man kennt in unserem Lande diese Tatsachen und unsere Presse hat sich genügend und frohlockend darüber geäußert. Ich behaupte nichts, was nicht absolut bewiesen ist.

Man begnügte sich aber nicht damit. Diejenigen, die in der europäischen Politik den amerikanischen Kurs wollten, forderten, dass in allen Ländern Westeuropas, in deren Regierungen Vertreter der Kommunistischen Parteien sassen, diese die Regierungen zu verlassen hätten.

Kann man etwa behaupten, dass das eine besonders grosse Ordnung in die europäischen Angelegenheiten brachte? Ich glaube, auf Grund dessen, was in der französischen Presse jetzt geschrieben wird, sagen zu dürfen, dass man sich zu fragen beginnt und zwar nicht etwa in revolutionären oder gar kommunistischen Kreisen, ob der Beschluss, die Kommunisten aus der Regierung auszuschliessen, ein richtiger Beschluss war. Man diskutiert und spricht darüber...

Der Vorsitzende:
Droht dem Redner das Wort zu entziehen.

Hr. Nicole:
Ich stelle fest, dass man mir das Wort entziehen will, obwohl ich nur das tue, was heute morgen verschiedene Redner getan haben. Hat nicht Hr. Bringolf des langen und breiten über die Politik der Sowjetunion gesprochen und von dieser Tribüne aus der Moskauer Regierung Ratschläge erteilt? Aber mir verbietet man, über das, was in Frankreich vor sich geht, zu sprechen, obwohl ich es tue, um zu zeigen, dass da, wo man die Vertreter der Arbeiterklasse aus der Regierung ausgeschlossen hat, kein Grund zur Freude besteht und dass man es zu bereuen beginnt. Und, weil inbezug auf unser eigenes Land - ich sage es mit allem Respekt gegenüber unserem Vorsitzenden, Hrn. Picot - festzustellen ist, dass während die Diskussion über den Beitritt zum Marshallplan läuft - die Herren der Vollmachtenkommission einen Gesetzesentwurf zugestellt erhalten, der nicht mehr und nicht weniger daraufhin zielt, in unserem Lande die Parteiverbote wieder einzuführen.

Ist es da nicht meine Pflicht, den Nationalrat vor einer solchen Politik zu warnen?

Ich unterstreiche noch einmal, dass unserer Meinung nach mit dem Beitritt zum Marshallplan unser Land einen neuen Weg beschreitet, den Weg einer neuen und abenteuerlichen Politik. Es wäre aber im Interesse unseres Landes, die Waage der Beziehungen mit allen Ländern gleich zu halten. Das wird jetzt nicht mehr der Fall sein, man schliesst sich einem Mächteblock an und das droht unser Land in eine schwierige Lage zu bringen.

Im Namen der Partei der Arbeit überlassen wir die Verantwortung für eine solche Politik denjenigen, die für den Beitritt zu diesem Abkommen stimmen werden.

Jetzt noch ein Wort, ich muss Ihnen im Auftrage unserer Partei und damit alles klar ist, folgende Erklärung zur Kenntnis bringen:

Erklärung der PdAS über den Beitritt der Schweiz zum Marshallplan

Die Partei der Arbeit der Schweiz kann der Ratifizierung des am 16. April 1948 in Paris unterzeichneten Abkommens über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zustimmen.

Diese Stellungnahme der Partei bedeutet in keiner Weise eine allgemein ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Beteiligung der Schweiz an internationalen Vereinbarungen und, Institutionen. Die .P.d.A.S. ist im Gegenteil bereit - sie hat diese Bereitschaft schon mehrfach bewiesen. -, jede Initiative zu unterstützen, die auf internationalem Boden sich die Festigung des Friedens, die Erweiterung der demokratischen Volksrechte und die Entfaltung der kulturellen Errungenschaften zum Ziele setzt.

Die Ratifizierung des Abkommens von. Paris bedeutet jedoch den offiziellen Bruch mit jener Politik, die der Bundesrat bisher immer als die traditionelle Politik der Schweiz bezeichnet hat, und dies nicht, um einer Organisation beizutreten, die universellen Charakter hat, sondern um sich einem politischen Mächteblock anzuschliessen ohne Rücksicht auf die Gefahren, die ein solcher Anschluss mit sich bringen könnte.

Die Partei der Arbeit stellt fest, dass der Marshallplan und das Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit die Bevormundung der europäischen Wirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Amerika zur Folge haben wird. Die USA erhalten einseitige Kontroll- und Aufsichtsrechte, die mit der nationalen Souveränität unvereinbar sind, und. können Zwangsankäufe fordern und Verkaufsverbote erlassen, die den wirtschaftlichen Interessen des Landes zuwiderlaufen. Der Beitritt zum Pariser Abkommen birgt somit für die schweizerische Industrie und. Landwirtschaft die grössten Risiken in sich, und bereits die bisher gemachten Erfahrungen in bezug auf die Auswirkungen des Marshallplanes zeigen deutlich, dass dadurch die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht vermindert, sondern im Gegenteil vergrössert und beschleunigt wird.

Unter diesen Umständen betrachtet es die Partei der Arbeit als ihre Pflicht, mit aller Energie für die Erhaltung der Unabhängigkeit und die Wahrung der Souveränität des Landes, die durch die Ratifizierung. des Pariser Abkommens gefährdet würden, zu kämpfen.

Sie ist überdies der Auffassung, dass über diese, für die Zukunft der Schweiz entscheidende Frage, das Schweizervolk selbst zu bestimmen hat.

Léon Nicole.

Der Sturm

Nationalrat Nicole verlas die Erklärung der Partei der Arbeit inmitten eines allgemeinen Tumultes. Die Vertreter des Bürgertums, die so sehr auf demokratische Gepflogenheiten und guten Sitten pochen, benahmen sich wie die Wilden. Es wurde gejault, geschrien, mit den Füßen getrampelt und den Pultdeckeln geklappert. In der bundesrätlichen Bankreihe lief Hr. Bundesrat Petitpierre erregt hin und her. Hr. Albert Picot, der Präsident des Rates, blickte von seinem erhöhten Sitze auf das Getümmel zu seinen Füßen, mit einem Gesicht, als hätte er eine Zitrone im Munde.

Ohne sich durch den Lärm und die Zwischenrufe aus der Fassung bringen zu lassen, verlas Nationalrat Nicole die Erklärung der Partei der Arbeit zu Ende.

Alles erhob sich, die Zeiger der Saaluhren hatten schon längst die Mittagsstunde überschritten, die Mägen knurrten, alle dachten: Endlich Schluss.

Aber halt, Hr. Duttweiler hatte noch das Wort. Auch er habe eine Erklärung abzugeben. So stieg denn der Allgewaltige des Landesringes zum Rednerpulte und begann - die Vertreter der Partei der Arbeit zu beschimpfen. Vorzeitige Wahlen, das wäre das richtige, das sollte man machen, dann würde man sehen, was von der Fraktion der PdA noch übrig bleibe. Ein wiehernendes Gelächter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Volksvertreter begleitete diese Bemerkung des drei Tage späteren Steinewerfers.

Die Vertreter der Partei der Arbeit, die während der ganzen Zeit ruhig geblieben waren und nur ihrem Erstaunen Ausdruck verliehen, dass der Ratspräsident nichts unternommen hatte, um im Saale Ordnung zu schaffen und die Redner, die die PdA beschimpften, zu ermahnen, konnten sich die Frechheiten Duttweilers nicht gefallen lassen. Sie gingen nun selbst zur Offensive über und feuerten gegen den Grosssprecher der Migros eine Salve nach der andern. Der Lärm im Saale wurde immer grösser, Duttweiler geriet ins Stotterer, brach seine Anwürfe gegen die PdA ab und wandte sich seiner Erklärung zu. Aber niemand schenkte ihm mehr Beachtung und niemand verstand, was er vorlas. Einige seiner Getreuen und andere Nationalräte hatten sich auf der einen Seite des Saales, am Fusse des Rednerpultes zu einem Knäuel gesammelt und stierten hinüber zu den Bänken der PdA.

Kaum hatte Duttweiler geendet und schon wollte der Ratspräsident die Sitzung schliessen, als noch jemand sich auf die Rednertribüne drängte. Es war Nationalrat Bringolf, Stadtpräsident von Schaffhausen und

Präsident der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion. Was wird Hr. Bringolf tun? So frugen sich alle. Wird er das Verhalten der bürgerlichen Vertreter, die Nicole während seiner Rede dauernd unterbrochen hatten, rügen? Wird er sein Bedauern darüber äussern, dass der Präsident des Rates nicht imstande oder nicht Willens gewesen war, für Ordnung zu sorgen? Wird er, der ehemalige Schaffhauser Kommunist, die gegen die PdA gerichteten beleidigenden Äusserungen Dr. Feldmanns und Duttweilers als unangebracht, zurückweisen?

Nein, nein - weit gefehlt! Der Sozialdemokrat Bringolf stellte sich schützend vor den Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Partei und den General-Feldmarschall der Migros. Nicht diese griff er an, nein, er griff die Vertreter der Partei der Arbeit an. Hr. Bringolf ergriff das Wort, um als dritter im Bunde die Partei der Arbeit zu beschimpfen und zu verleumden. Die Rede Nicole's sei eine provokatorische Rede gewesen. Nicht die Bürgerlichen, sondern die PdA, habe den Krach im Rate begonnen. Die PdA habe im Auftrage und für das Ausland demonstriert. Es handle sich um eine Wahlmache Nicole's für die kommenden Grossratswahlen in Gen. Und wenn Nicole in Geschichte mache, dann werde er, Bringolf, schon noch mit Material aufrücken und zeigen, wer im Jahre 1940 wo gestanden sei. Er, der Herr und Gewaltige von Schaffhausen warne die PdA! Das alles wurde in einem schrillen, abgehackten, eines Polizeikommissars würdigen Tone, in den Saal hinausgeschrien. Wahrlich ein erhabenes Schauspiel!

Aber ebensowenig wie Duttweiler, konnte Bringolf seine Tiraden zu Ende führen. Mit ununterbrochenen und massiven Zurufen unterbrachen die Nationalräte der Partei der Arbeit die Rede Bringolfs und bedachten diesen mit Worten, die er sicherlich nicht einrahmen wird. Gibt es etwas schlimmeres, etwas verachtungswürdigeres als ein Renegat, der sein altes Nest beschmutzt? Nein, es gibt nichts schlimmeres, nichts was verachtungswürdiger wäre.

Wenn ein Reaktionär wie Feldmann, die PdA beschimpft, nun, niemand wird etwas anderes von ihm erwarten. Wenn ein Duttweiler die PdA anpöbelt, so wird auch darüber niemand sich wundern. Wenn aber einer der prominentesten Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Vorsitzende der Parlamentsfraktion dieser Partei, sich so offen und rückhaltlos an die Seite der übelsten Kommunistenfresser und Feinde der Sowjetunion stellt und zusammen mit ihnen dasselbe Lied singt und es in derselben Melodie singt, dann allerdings wundert man sich. Man wundert sich, wie tief ein Mensch sinken kann und wie tief eine Partei sinken kann. Man wundert sich, weil man oft, angesichts der Geschehnisse im Auslande dachte, dass es Dinge gibt, die bei uns nicht möglich seien. Und nun stellt man fest, dass man sich wieder einmal getäuscht hat und dass auch bei uns so etwas möglich ist.

Partei der Arbeit der Schweiz, 10.10.1948.

Personen > Nicole Léon. Marshallplan. Nationalrat. PdA. 1948-10-10